ver.di • Landesbezirk NRW • Karlstraße 123-127, 40210 Düsseldorf

Landesfachbereich B NRW
Öffentliche und private Dienstleistungen,
Sozialversicherung und Verkehr

ver.di Landesbezirk NRW
Karlstraße 123-127
40210 Düsseldorf

Verhandlungsführung BDSW
Landesgruppe NRW
Frau Nora Rauch
Löwengasse 11
50676 Köln

vorab per Mail

Datum 29.09.26
Unsere Zeichen Kb
E-Mail Karsten.braun@verdi.de
Durchwahl 0160-97802769

# Forderung Tarifrunde 2027

Sehr geehrte Frau Rauch,

die Tarifkommission von ver.di hat sich intensiv mit der aktuellen wirtschaftlichen Situation der Sicherheitswirtschaft, der Entwicklung des Arbeitsmarktes sowie den Anforderungen an die Beschäftigten im Wach- und Sicherheitsgewerbe auseinandergesetzt. Grundlage hierzu war ebenfalls eine Mitgliederbefragung, die wir durchgeführt haben, bei der sich mehrere hunderte Beschäftigte beteiligt haben.

Auf dieser Grundlage haben wir unsere Forderungen für die Tarifrunde 2027 beschlossen:

**6,5 % lineare Erhöhung der Tarifentgelte für alle Entgeltgruppen,**

**Laufzeit 12 Monate**

**100 Euro monatlich mehr Ausbildungsvergütung je Ausbildungsjahr.**

**Übertragung der prozentualen Erhöhung auf den Anhang Werkfeuerwehren**

**Erhöhung § 3 LTV**

**3.1. Zulage für Futter des Diensthundes + 1,- € pro Dienstschicht**

**3.3. Zulage für Diensthundepflege auf 1,- p.D.schicht (+0,39 €)**

**Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Entwicklung des Gehaltstarifvertrages**

**Unabhängig der Forderungen, möchte wir im ungekündigten Zustand über folgende Punkte sprechen.** Wir haben bei der Umfrage unter den Beschäftigten in einem sehr hohen Maße Hinweise über hohe Belastungen und auch über Perspektiven die Branche attraktiver zu gestalten, erhalten.

Zwei wesentlichen Punkte sind überwiegend genannt worden:

1. Die Erhöhung des Nachtzuschlages
2. Erhöhung der Kilometerpauschale für die Nutzung des Privatfahrzeugs auf 0,38 Euro je Kilometer.

Unsere Forderungen stehen aus unserer Sicht in einem angemessenen Verhältnis zur Entwicklung der Branche und zu den Anforderungen, die heute an die Beschäftigten gestellt werden.

Die aktuelle Entwicklung der Sicherheitswirtschaft zeigt weiterhin ein erhebliches Marktpotenzial. Nach Angaben des BDSW ist der Umsatz der Sicherheitswirtschaft von 6,96 Milliarden Euro im Jahr 2015 auf rund 14,02 Milliarden Euro im Jahr 2024 gestiegen. Für 2025 wurde ein weiteres Wachstum auf rund 14,75 Milliarden Euro prognostiziert. Gleichzeitig erreichte die Zahl der Beschäftigten 2025 mit rund 290.900 Personen einen historischen Höchststand.

Auch die aktuelle Lünendonk-Erhebung bestätigt die grundsätzlich positive Perspektive der Branche. Die 25 größten Sicherheitsdienstleister steigerten ihren Sicherheitsumsatz 2025 durchschnittlich um 4,6 % auf 5,63 Milliarden Euro. Für die kommenden Jahre rechnen die Unternehmen trotz der derzeitigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung mit weiterem Wachstum von durchschnittlich 6,7 bis 7,6 % jährlich. Als wichtige Wachstumstreiber werden unter anderem die steigenden Anforderungen an den Schutz Kritischer Infrastrukturen genannt.

Gleichzeitig weist die aktuelle Branchenanalyse auf knappe Personalressourcen und einen steigenden Bedarf an integrierten Sicherheitsleistungen hin. 86 % der befragten Unternehmen erwarten nach der Lünendonk-Studie in den

kommenden fünf Jahren eine steigende Nachfrage nach integrierten Sicherheitsdienstleistungen. Damit wachsen nicht nur die Anforderungen an die Unternehmen, sondern auch an Qualifikation, Flexibilität und Verantwortung der Beschäftigten.

Für uns ist deshalb entscheidend, dass die Beschäftigten an dieser Entwicklung angemessen teilhaben werden und gesichert wird, dass die Branche genügend und vor allem qualifiziertes Personal rekrutieren kann.

Gerade die Entgeltentwicklung verdient besondere Aufmerksamkeit. Die Branche muss im Wettbewerb um Arbeitskräfte mit anderen Wirtschaftszweigen bestehen können.
Der weiterhin hohe Personalbedarf in der Sicherheitswirtschaft zeigt, dass attraktive Tarifbedingungen dringend notwendig sind:
**Allein in Nordrhein-Westfalen stehen nach Angaben des BDSW 1.137 Stellen (Februar 26) offen – bei rund 56.740 Beschäftigten.**

Gleichzeitig bestätigt der BDSW einen weiterhin hohen Bedarf an qualifizierten Beschäftigten, insbesondere für anspruchsvollere Sicherheitsaufgaben und den Schutz Kritischer Infrastrukturen. Gute Löhne und Arbeitsbedingungen sind deshalb ein entscheidender Faktor, um qualifizierte Beschäftigte zu gewinnen, zu halten und die notwendige Qualität der Sicherheitsdienstleistungen dauerhaft sicherzustellen

**Tarifliche Entgelte müssen sich vom Mindestlohn abheben**

Ein besonderer Schwerpunkt unserer Forderung ist die Sicherung eines ausreichenden Abstandes zwischen den tariflichen Entgelten und dem gesetzlichen Mindestlohn.

Der gesetzliche Mindestlohn beträgt 2026 13,90 Euro je Stunde.  Gleichzeitig liegen in Nordrhein-Westfalen beispielsweise die tariflichen Entgelte im Objektschutz/Separatwachdienst bei 15,11 Euro und im Veranstaltungsdienst bei 15,47 Euro. Der Anstieg des gesetzlichen Mindestlohns von aktuell 13,90 € zu 14,60 € beträgt dann 5,04%

Damit wird deutlich: Der Abstand zum gesetzlichen Mindestlohn ist in den unteren Entgeltgruppen bereits relativ gering. Eine weitere Annäherung würde die Funktion des Tarifvertrages zunehmend schwächen.

Tarifliche Bezahlung muss einen erkennbaren Mehrwert gegenüber dem gesetzlichen Mindestlohn darstellen.

Sie muss Qualifikation, Berufserfahrung, Verantwortung, Flexibilität und die besonderen Belastungen der Sicherheitsarbeit angemessen abbilden.

Gerade im Wettbewerb um Arbeitskräfte ist dies von entscheidender Bedeutung. Beschäftigte müssen einen nachvollziehbaren finanziellen Anreiz haben, sich für eine Tätigkeit in der Sicherheitswirtschaft zu entscheiden und dauerhaft in der Branche zu bleiben.

**Gute Tarifverträge stärken die Branche**

Unsere Forderung nach 6,5 % ist deshalb nicht isoliert von der Entwicklung der Branche zu betrachten. Sie berücksichtigt sowohl die gestiegenen Lebenshaltungskosten als auch die wirtschaftliche Entwicklung und die zunehmenden Anforderungen an die Beschäftigten.

Die aktuelle Inflationsrate beträgt 2,9 % und die Bundesbank erwartet auch für 2027 eine Inflationsrate von 2,7%. Treiber dieser hohen Rate sind sicherlich die Energiekosten, die insgesamt um 9,4% gestiegen sind. Die Situation ist eine faktische Belastung der Beschäftigten.

Für die neue Tarifrunde geht es nun darum, diesen Weg fortzusetzen und die Tarifentgelte so weiterzuentwickeln, dass sie auch künftig deutlich oberhalb des gesetzlichen Mindestlohns liegen.

**Nachwuchs gewinnen und halten**.

Die Erhöhung der Ausbildungsvergütung um 100 Euro je Ausbildungsjahr ist dabei ein wichtiger Baustein.

Die Branche benötigt Nachwuchs und qualifizierte Beschäftigte. Eine attraktive Ausbildungsvergütung ist ein wesentlicher Faktor, um junge Menschen für die Sicherheitswirtschaft zu gewinnen und nach Abschluss der Ausbildung dauerhaft in der Branche zu halten.

**Nachtarbeit und tatsächliche Belastungen berücksichtigen**

Darüber hinaus wollen wir die Zulagen – insbesondere die Nachtzuschläge – im ungekündigten Zustand gemeinsam weiterentwickeln.

Nachtarbeit ist mit besonderen Belastungen verbunden und hat unmittelbare Auswirkungen auf Schlaf, Gesundheit, Freizeit und Familienleben. Eine zeitgemäße tarifliche Regelung sollte diese Belastungen angemessen berücksichtigen.

Gleiches gilt für Beschäftigte, die ihr Privatfahrzeug im betrieblichen Interesse einsetzen. Die Erhöhung der Kilometerpauschale auf 0,38 Euro soll den tatsächlichen Kosten für Kraftstoff, Wartung, Reifen, Reparaturen, Versicherung und Wertverlust besser Rechnung tragen.

**Gemeinsam zu einem tragfähigen Tarifabschluss**

Wir wissen, dass Tarifverhandlungen unterschiedliche Interessen zusammenführen müssen.

Unsere Forderungen verstehen wir daher als klare und belastbare Ausgangsposition für konstruktive Verhandlungen.

Unser gemeinsames Interesse sollte darin bestehen, die Sicherheitswirtschaft als attraktive und zukunftsfähige Branche weiterzuentwickeln. Dazu gehören wirtschaftlich leistungsfähige Unternehmen ebenso wie gute und verlässliche Arbeitsbedingungen.

Wir sind bereit, die anstehenden Themen sachlich, konstruktiv und lösungsorientiert mit Ihnen zu beraten. Gleichzeitig erwarten wir, dass die wirtschaftliche Entwicklung der Branche, der weiterhin bestehende Personalbedarf und die berechtigten Interessen der Beschäftigten bei den Verhandlungen angemessen berücksichtigt werden.

Wir freuen uns auf einen guten und fairen Austausch und auf den Beginn der Tarifverhandlungen und würden uns freuen, wenn auch sie uns ihre Vorstellungen im Vorfeld zur Beratung zukommen lassen würden.

Mit freundlichen Grüßen



**Karsten Braun**

ver.di Landesbezirk

Fachbereich öffentliche und private Dienstleistungen,

Sozialversicherung und Verkehr NRW

Karlstraße 123-127, 40210 Düsseldorf